

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. Juli 1953

73/J

Anfrage

der Abg. O. l a h, M a r k, H i l l e g e i s t und Genossen
 an den Bundesminister für Inneres,
 betreffend unzulässige Befragung heimkehrender Kriegsgefangener durch US-
 amerikanische Dienststellen.

-.-.-

Den gefertigten Abgeordneten wird berichtet, dass aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft heimkehrende Kriegsgefangene zu einer amerikanischen Dienststelle vorgeladen werden, die sich in Wien 19., Bauernfeldgasse 40, befindet.

Als Grund der Vorladung wird Auskunftserteilung angegeben. Die Einladungen sind so gehalten, dass sie den Eindruck einer Vorladung erwecken. Sie ergehen auch an Heimkehrer, die in anderen Besatzungszonen wohnen.

Es ist selbstverständlich, dass Heimkehrer, die jahrelang die Schrecken der Kriegsgefangenschaft und die Verhörmethoden eines totalitären Regierungssystems am eigenen Leib verspürt haben, durch solche Vorladungen neuerlich beunruhigt werden. Dazu kommt, dass die Erschienenen dann von dem unterzeichneten stellvertretenden Chef der Dienststelle William E. Jackson oder seinem Untergebenen sehr ausführlich über Wahrnehmungen ausgefragt werden, die sie während ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion machen konnten.

Die Anwendung solcher Methoden bedeutet, dass man Österreicher wider ihren Willen als Auskunftspersonen für den Geheimdienst einer Besatzungsmacht verwendet. Ein solches Verhalten der genannten amerikanischen Dienststelle steht im Widerspruch mit dem Kontrollabkommen und ist eine Belästigung der von offiziellen Stellen der Vereinigten Staaten oftmals anerkannten Souveränität der Republik Österreich.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, beim amerikanischen Botschafter vorstellig zu werden und zu beghren, dass dieses die österreichische Unabhängigkeit verletzende Verhalten amerikanischer Dienststellen unverzüglich eingestellt wird?

-.-.-.-